

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

14. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. September 2000, 11:50 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Wolfgang Fuß (SPD)
Renate Gröpel (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Hans-Jörn Arp (CDU)
Reinhard Sager (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Rainer Wiegard (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Stellungnahme der Ministerpräsidentin zur aktuellen öffentlichen Diskussion zum Haushaltsentwurf 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Rechte des Parlaments	5
Schreiben der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Abgeordneten des SSW Umdruck 15/267	
2. Eingaben 1978-14-a, 143-15-a Nutzung eines Hafengrundstückes	11
Schreiben des Eingabenausschusses Umdruck 15/207	
3. Reform des Föderalismus	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/231	
4. Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/200	
5. Bemerkungen 1999 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Haushaltsrechnung 1997	14
hier: Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie, Umdruck 15/174 Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 15/218	
6. Bericht über den Haushaltsablauf/Stand: 30. Juni 2000	15
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/237	
7. Ergebnisbericht 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	16
8. Verhalten der GMSH bei der Durchführung von Baumaßnahmen	17
Schreiben der Fraktion der F.D.P. Umdruck 15/254	
9. Veräußerung landeseigener unbebauter Grundstücke auf dem Hochschulgelände in Flensburg	18
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/257	

10. Flexibilisierung des Haushaltsvollzuges gemäß § 10a LHO	19
Ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und Fachgerichtsbarkeiten	
Zwischenbericht incl. Statusbericht nach dem 2. Quartal 2000	
Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Umdruck 15/258	
11. Information/Kennntnisnahme	20
12. Verschiedenes	22

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 11:50 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Stellungnahme der Ministerpräsidentin zur aktuellen öffentlichen Diskussion zum Haushaltsentwurf 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Rechte des Parlaments

Schreiben der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Abgeordneten des SSW
Umdruck 15/267

Die Vorsitzende teilt mit, mit Schreiben vom 9. August 2000 habe Abg. Kubicki einen Bericht der Ministerpräsidentin über Kosten und Nutzen der schleswig-holsteinischen Beteiligung an der EXPO 2000 - Umdruck 15/242 - in der heutigen Sitzung beantragt, sich aber mit einer Vertagung und der Behandlung dieses Themas im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 03 einverstanden erklärt, da die Ministerpräsidentin wegen anderweitiger terminlicher Verpflichtungen gehindert sei, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Für die Behandlung des nunmehr zur Diskussion stehenden Tagesordnungspunktes habe M Möller die Vertretung übernommen.

Auf eine Frage des Abg. Sager antwortet M Möller, dass die Ministerpräsidentin wegen anderweitiger terminlicher Verpflichtungen, bei denen eine kurzfristige Absage nicht möglich gewesen sei, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne. Es sei das gute Recht der Parlamentarier, auf dem Erscheinen der Ministerpräsidentin zu einem späteren Zeitpunkt zu bestehen, allerdings stehe er als verantwortlicher Fachminister für die Beantwortung von Fragen im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf 2001 zur Verfügung. Die Vorsitzende zitiert daraufhin § 16 Abs. 5 der Geschäftsordnung.

Abg. Astrup plädiert dafür, sich darauf zu verständigen, ob dem Ausschuss an einer Antwort auf die berechtigten Fragen in der heutigen Sitzung gelegen sei. Werde von der Opposition jedoch ein formalistisches Vorgehen bevorzugt, würden sich die Koalitionsfraktionen an der Geschäftsordnung orientieren und für eine Absetzung dieses Punktes von der heutigen Tagesordnung stimmen mit dem Ziel, ihn in der nächsten Sitzung - am 14. September - zu behandeln.

Abg. Kubicki erklärt, dass ihm der Umgang der Landesregierung mit dem Parlament nicht behage. Er spreche sich deshalb für ein formalistisches Vorgehen aus und stimme dem Verfahrensvorschlag des Abg. Astrup ausdrücklich zu.

Abg. Sager führt aus, der CDU-Fraktion sei nicht an einer Formalismusdebatte gelegen, sondern sie verlange Auskunft über das Parlamentsverständnis der Ministerpräsidentin, das darin zum Ausdruck komme, dass zwar Medienvertreter, nicht aber Abgeordnete über die Pläne der Landesregierung zur Streichung von Förderprogrammen informiert würden.

M Möller erklärt, an dem Recht des Parlaments auf Informationen sei ebenso wenig zu rütteln wie an der Vertretungsregelung der Kabinettsmitglieder nach der Geschäftsordnung. Er lege Wert darauf, in der heutigen Sitzung chronologisch darzulegen, wie sich die Landesregierung bemüht habe, das Parlament frühzeitiger und umfassender als in den Vorjahren zu informieren. An der Sitzung des Finanzausschusses am 14. September könne er wegen der zeitgleich stattfindenden Konferenz der Finanzminister zum Thema Länderfinanzausgleich nicht teilnehmen.

Nach den Worten der Abg. Spoorendonk sollten die Rechte des Parlaments und damit die Proportionen gewahrt werden. Der Finanzausschuss sollte deshalb auf eine formalistische Debatte verzichten und in die inhaltliche Diskussion einsteigen.

M Möller legt den Informationsfluss dar:

Am Samstag, dem 15. Juli, habe das Kabinett den Haushaltsentwurf 2001 beschlossen und dazu - wie in allen Jahren zuvor - am folgenden Tag eine Pressekonferenz gegeben. Weil dieser Tag auf einen Sonntag gefallen sei, habe er mit allen Fraktionen Kontakt über die Frage aufgenommen, wohin die Landesregierung vor der Pressekonferenz - oder zumindest zeitgleich - die Informationen per Fax schicken könne. Dem Finanzausschuss seien die Informationen sogar nach Brüssel gefaxt worden.

In der Pressekonferenz habe die Landesregierung Aussagen auch über die Einsparungen bei den Förderprogrammen gemacht und die abschließende Liste der 31 Förderprogramme, die im Jahr 2001 gestrichen werden sollen, sei veröffentlicht und den Fraktionen zugeleitet worden. Wegen der unmittelbar bevorstehenden Sommerferien und damit der sitzungsfreien Zeit habe sich die Landesregierung überlegt, wie Informationen über den Gesamthaushalt möglichst schnell dem Parlament gestellt werden könnten. Erstmals am 2. August sei der Gesamthaushalt in das Intranet eingestellt worden und die Fraktionen seien darüber informiert worden, dass am 15. August alle diejenigen Informationen in das Intranet eingestellt würden, wie sie gestern - immerhin eine Woche vor der gesetzlich vorgeschriebenen Frist - in gedruckter Form verteilt worden. Beim Abruf von Informationen aus dem Intranet habe es offensichtlich technische Pannen gegeben, die nicht in der Zuständigkeit der Lan-

desregierung lägen. Die Landesregierung habe mit der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion sowie mit der Landtagsverwaltung kommuniziert und ein Mitarbeiter der Landtagsverwaltung habe zugesagt, den Fraktionen bei der Bewältigung technischer Probleme zu helfen.

Im Kabinett sei verabredet worden, die endgültige Liste der zu streichenden Programme dem Finanzausschuss in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorzulegen, sie zuvor aber noch einmal im Kabinett zu beraten. Diese Sitzung habe am Dienstag, dem 5. September, stattgefunden. Im Anschluss daran habe es eine Veröffentlichung von Teilen der Liste und eine öffentliche Diskussion gegeben. Er, M Möller, habe dazu öffentlich erklärt, dass die Presse die Informationen nicht aus dem Finanzministerium erhalten habe, und angekündigt, dass das Finanzministerium zeitgleich das Kabinett, die Presse und den Landtag unterrichten werde. An diese Vorgabe habe er sich minutiös gehalten. Nach seinen Informationen habe die Landtagsverwaltung die Vorlage unverzüglich an die Mitglieder des Finanzausschusses verteilt und das Finanzministerium habe es für richtig gehalten, parallel dazu auch die Fraktionen direkt zu informieren.

Warum die im Detail abgestimmte Liste nochmals das Kabinett habe passieren sollen, bevor sie dem Finanzausschuss zugeleitet worden sei, finde seinen Grund darin, dass die Ressorts es übernommen hätten, in ihrer Zuständigkeit die Betroffenen in der Sommerpause zu informieren, und dies sei auch weitgehend erfolgt.

Im Übrigen trage die Landesregierung dem „Zeitalter der neuen Medien“ Rechnung und habe parallel zu dem gedruckten Haushaltsentwurf dem Finanzausschuss und den übrigen Abgeordneten aus Gründen der Arbeitserleichterung eine CD-ROM zur Verfügung gestellt. Sowohl Intranet als auch CD-ROM - so betont M Möller - seien neue Instrumentarien, die genutzt worden seien, um das Parlament umfassend zu informieren.

Auf eine Frage der Abg. Heinold teilt M Möller mit, dass das Finanzministerium Ende Juli die Fraktionen angeschrieben habe:

„Zur Vorbereitung der parlamentarischen Haushaltsberatungen werden die Einzelpläne einschließlich der Erläuterungen und der Stellenpläne am 2. August in das Intranet eingespielt, sodass sie über die in Ihren Fraktionen zur Verfügung stehenden Arbeitsplatzcomputer die Möglichkeit haben, die jeweiligen Einzelpläne aufzurufen und auszudrucken. Leider war es nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt in allen Fällen die Erläuterungen des Sachhaushalts zu aktualisieren und alle Anlagen in den Einzelplänen zu erstellen, sodass insoweit noch ein Änderungs- und Ergänzungsbedarf besteht. Änderungen und Ergänzungen werden spätestens bis zum 16. August 2000 nachgeholt.“

Dies sei erfolgt und aus diesem Grunde seien die Nachfragen überwiegend auch nach dem 16. August eingegangen.

Der Gesamthaushaltsentwurf habe am 16. August 2000 dem Parlament zur Verfügung gestanden und die 184 Positionen der Liste in diesem Gesamtwerk seien in jedem Fall nachvollziehbar. Die institutionelle Förderung sei in den Erläuterungen nachlesbar, allerdings gebe es einige Positionen, die in Sammelhaushaltsstellen zusammengefasst gewesen seien.

Abg. Spoorendonk bestätigt, dass den Abgeordneten das Eckpunktepapier am Sonntag, dem 16. Juli 2000, zugeleitet worden sei. Es stelle sich in diesem Zusammenhang allerdings die Frage, ob dies erstens an einem Sonntag und zweitens zu Beginn der Ferienzeit habe geschehen müssen. Als die endgültigen Zahlen den Abgeordneten mitgeteilt worden seien, habe sich erwiesen, dass die ursprüngliche Aussage über die Kürzung der Zuschüsse für die dänische Minderheit von 2,5 % nicht nachvollziehbar sei. Zwei Aspekte seien also - so fasst Abg. Spoorendonk ihre Aussage zusammen - von grundlegender Bedeutung: der formale Umgang der Landesregierung mit dem Parlament und die inhaltliche Aussage der Landesregierung über die Kürzungen.

Abg. Kubicki moniert, dass den Parlamentariern zwar Zahlen vorgelegt worden seien, dass aber auf Anfrage mitgeteilt worden sei, dass sich daran noch Veränderungen ergeben könnten. Somit hätten die Abgeordneten mit dem Zahlenwerk eigentlich nichts Seriöses anfangen können. Hinzu komme, dass in dem Zahlenwerk unterschiedliche Bezugsgrößen miteinander verglichen werden: zum einen die Einsparungen gegenüber den Anmeldungen und zum anderen die Einsparungen des Soll gegenüber dem Ist. Aus diesem Grunde könne Interessierten keine detaillierte Auskunft über das tatsächliche Einsparungspotential im Einzelfall gegeben werden.

Da der Finanzminister bereits am 30. August öffentlich erklärt habe, dass die Liste der Kürzungen der Förderprogramme vollständig sei, stelle sich die Frage, ob es nicht doch möglich gewesen wäre, einen Tag vor der Informierung der Presse die Mitglieder des Finanzausschusses zu unterrichten. Es entspreche nicht dem normalen Umgang der Landesregierung mit dem Parlament, dass die Abgeordneten erst zeitgleich mit der Presse informiert werden. Dies hätte zuvor geschehen müssen.

M Möller stellt heraus, bereits am 15. Juli sei verabredet worden, dass sich das Kabinett nach dem in der Urlaubszeit gelaufenen Abstimmungsprozess vor Herausgabe der endgültigen Liste an den Landtag nochmals damit beschäftigen werde, und genau diese Punkte seien Beratungsgegenstand im Kabinett gewesen.

M Möller geht weiter auf die Kritik des Abg. Kubicki an den unterschiedlichen Bezugsgrößen ein und betont, dass in dieser Liste das Ist des Jahres 2000 mit der Anmeldung für 2001 und den vorge-

sehenen Kürzungen nachvollziehbar ausgewiesen sei. Er erläutert diese Aussage anhand einzelner Beispiele der Vorlage über die Förderprogramme des Landes, Umdruck 15/259.

Abg. Sager stellt heraus, im Mittelpunkt der Kritik stehe die so genannte Streichliste, und betont, dass es darüber weder eine frühzeitige noch eine vollständige Information gegeben habe. M Möller verweist auf § 30 Abs. 1 LHO, wonach „spätestens zwei Wochen vor der ersten Beratung des Haushaltsgesetzes im Landtag vom Ministerium für Finanzen und Energie dem Landtag“ die Entwürfe übersandt werden sollen, und betont, dass dies - wie er dargelegt habe - auch geschehen sei. Bei der so genannten Streichliste handele es sich um eine zusätzliche Information.

Abg. Neugebauer bezeichnet es als „vergeudete Zeit“, die der Ausschuss mit der Diskussion verbringe, und merkt weiter an, dass für die Veröffentlichung der Streichliste in den Medien weder der Landtag noch die Landesregierung in der Verantwortung stünden. Festzuhalten sei jedoch, dass das Parlament den Haushaltsentwurf noch nie so frühzeitig wie in diesem Jahr habe zur Kenntnis nehmen können, nämlich über das Intranet. In jedem Haushalt, an dessen Beratung er beteiligt gewesen sei, habe es Kürzungen und Streichungen gegeben, und noch nie sei verlangt worden, dass dem Finanzausschuss eine Vorabinformation gegeben werde. „Ich verstehe die ganze Aufregung nicht.“

Abg. Kubicki bezeichnet es als verwirrend, wenn von Streichungen die Rede sei und damit Streichungen gegenüber den Anmeldungen gemeint seien, alle Beteiligten dies aber in der Weise interpretierten, dass damit Streichungen gegenüber dem Ansatz 2000 gemeint seien.

Die Vorsitzende gibt zu überlegen, zur Vermeidung von Missverständnissen künftig auf die Wiedergabe der Anmeldungen der Ressorts zu verzichten. Abg. Astrup stellt heraus, nach seinen Erfahrungen und den im Verlauf der Diskussion abgegebenen Erklärungen sollte die Landesregierung auf eine zu frühzeitige Informierung verzichten, um Missverständnisse, Verwirrungen und Ärgernisse zu vermeiden.

Einigkeit besteht unter den Fraktionen - so stellt die Vorsitzende abschließend heraus -, dass die Diskussion über die Streichliste im Zuge der Haushaltsberatungen ihre Fortsetzung finden werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Eingaben 1978-14-a, 143-15-a
Nutzung eines Hafengrundstückes**

Schreiben des Eingabenausschusses
Umdruck 15/207

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Finanzausschuss die Beschlüsse des Eingabenausschusses einstimmig unterstützt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Reform des Föderalismus

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/231

(überwiesen am 13. Juli 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen, dieses Thema allerdings nach den Herbstferien erneut aufzugreifen und dabei das Ergebnis der Konferenz der Ministerpräsidenten in die Diskussion einzubeziehen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/200

(überwiesen am 14. Juli 2000 an die Enquetekommission, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss nimmt den Bericht - wie die Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bemerkungen 1999 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Haushaltsrechnung 1997

hier: Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/174

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs

Umdruck 15/218

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/256

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden und überweist die Vorlagen der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung".

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über den Haushaltsablauf/Stand: 30. Juni 2000

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/237

Der Ausschuss nimmt die Vorlage - wie die Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Ergebnisbericht 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden und überweist den Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung".

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verhalten der GMSH bei der Durchführung von Baumaßnahmen

Schreiben der Fraktion der F.D.P.

Umdruck 15/254

Abg. Kubicki bedankt sich beim Finanzministerium „für die hervorragende Art und Weise, wie Sie damit umgegangen sind“, und bittet, diesen Dank an die GMSH weiterzugeben.

Die Vorsitzende greift die Fragen der Abgeordneten Stritzl und Kubicki unter Punkt 5 der 12. Sitzung des Finanzausschusses zu den Vorlagen Umdrucke 15/210 und 15/260 zur Mietzahlung auf. GF Dr. Speck erklärt, er halte es nicht für denkbar, dass die GMSH Mieten stunde oder dass Behörden die Miete nicht entrichteten, bittet aber, gegebenenfalls konkrete Hinweise zu geben.

Abg. Arp fragt, ob es gewollt und im Sinne des Gesetzgebers sei, wenn sich die GMSH öffentlich am Markt um Aufträge bewerbe. GF Dr. Speck verneint diese Frage und bittet auch in diesem Fall um konkrete Hinweise.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Veräußerung landeseigener unbebauter Grundstücke auf dem Hochschulgelände in Flensburg

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/257

Abg. Neugebauer bittet um die Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung und einer Aussage zu den Folgekosten.

Die Vorsitzende empfiehlt daraufhin, diesen Punkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen und die Entscheidung bis dahin auszusetzen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Flexibilisierung des Haushaltsvollzuges gemäß § 10a LHO
Ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und
Fachgerichtsbarkeiten
Zwischenbericht incl. Statusbericht nach dem 2. Quartal 2000**

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
Umdruck 15/258

Der Ausschuss nimmt die Vorlage - wie die Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 15/243 - Bemerkungen 1998 Landesrechnungshof - Tz. 14

Umdruck 15/244 - INPOL-neu und AGIL

Umdruck 15/252 - Universitätsklinik

Zu Umdruck 15/241 - Sartori-Speicher:

Abg. Kubicki kritisiert, dass die Vorlage alles das vermissen lasse, was vom Ausschuss immer abgefordert worden sei, und legt folgenden Fragenkatalog vor:

Wer hat - vor dem Hintergrund des einzulagernden sehr kostbaren Materials - den Hochwasserschutz geprüft? Wieso liegt dem Finanzausschuss kein Kostenvergleich vor? Welche Grundlage hat die Aussage, das Mietangebot von 10,97 DM sei ausgesprochen günstig? Welche Vergleichsdaten gibt es? Auf welche Annahme stützt sich die Aussage, dass das Freiwerden der Räume im Kieler Schloss die Vermarktungschancen für diese Liegenschaft erhöht? Welche Rolle hat in diesem Zusammenhang die GMSH gespielt? Gibt es Alternativen für die Unterbringung der GMSH?

Abg. Sager fragt, ob sich die Aussage über die Miete von 10,97 DM/m² auf die Gesamtfläche oder lediglich auf die Büroräume beziehe, und möchte außerdem wissen, wie lange der Anbieter das Angebot aufrechterhalte.

St Döring antwortet, dass der zeitliche Druck sehr groß sei. Der Eigentümer habe sich dahin geäußert, dass er die Räumlichkeiten anderweitig vermarkten werde, wenn es im Laufe dieses Monats keinen Vertragsabschluss gebe.

Die GMSH sei - so fährt St Döring fort - im Wege der Organleihe tätig geworden. Selbstverständlich seien Alternativuntersuchungen angestellt worden. Zur Preisgestaltung von Alternativangeboten vermöge er allerdings nur in nicht öffentlicher Sitzung Auskunft zu geben. Das preisliche Angebot von 10,97 DM/m² sei mit dem übrigen Kieler Büroangebot - auch in entsprechenden Lagen - vergleichbar.

Der Hochwasserschutz sei von einem Ingenieurbüro untersucht und abgeglichen worden. Trotz des Hochwasserschutzes würden in den Bereichen, die hochwassergefährdet seien, keine besonderen Schriften und Exponate eingelagert. Im Übrigen gingen die Untersuchungen von einem Hochwasserstand von 8 m aus, einer Größe, die seit Bestehen des Gebäudes noch nie erreicht worden sei.

St Döring geht weiter auf den Aspekt der Vermarktung ein und stellt heraus, dass selbstverständlich untersucht worden sei, was geschehe, wenn alles im bisherigen Zustand verbleibe. Für den Rantzaubau stehe keine Nutzung in Aussicht. Der Veranstaltungsbetrieb solle aufrechterhalten bleiben. Man hoffe, noch in diesem Jahr zu einem Abschluss auf der Ebene der Vollprivatisierung zu kommen. Bei der Übertragung auf die Investitionsbank und die GMSH komme man hinsichtlich der Büronutzung zu einer deutlich höheren Miete als zu dem in der Vorlage angegebenen Betrag von 10,97 DM/m². Auch wenn das Land als Mieter gern gesehen werde, solle es doch an dieser Stelle eine Weiterentwicklung geben. Klarzustellen sei in diesem Zusammenhang, dass ein Leerstehen nicht etwa eine bessere Vermarktung gewährleiste, und deswegen sei es das Ziel, eine Vermietung vorzunehmen und dann zu veräußern.

Die Vorsitzende hält es - unterstützt von Abg. Astrup - zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für zwingend geboten, dass der Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung über die Preisgestaltung informiert werde; eine Unterrichtung der finanzpolitischen Sprecher reiche aus.

Abg. Kubicki merkt an, dass der Ausschuss mit der zur Diskussion stehenden Vorlage lediglich zu einer Kenntnisnahme aufgefordert sei. Wenn sich allerdings die Situation ergebe, dass der Finanzausschuss um Zustimmung gebeten wird, sollte dem Finanzausschuss - gegebenenfalls in nicht öffentlicher Sitzung - eine Vorlage unterbreitet werden, in der der in der heutigen Sitzung diskutierte Sachverhalt dargestellt und detailliert erläutert werde.

St Döring führt aus, die Landesregierung sei nach dem Haushaltsgesetz nicht verpflichtet, ein Votum des Finanzausschusses einzuholen, vielmehr ermächtigt, kurzfristig in eigener Verantwortung einen Vertrag abzuschließen. Die zur Diskussion stehende Vorlage sei dem Ausschuss unterbreitet worden, weil man auf dem Standpunkt stehe, dass der Ausschuss über wichtige Dinge zu einem frühen Zeitpunkt informiert werden sollte. Die erbetenen Informationen würden schriftlich nachgereicht.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage - wie die Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Sager bittet um Informationen über die künftige **Unterbringung des Finanzamts Oldenburg**, insbesondere ob beabsichtigt sei, einen Neubau zu errichten oder Räumlichkeiten anzumieten. St Döring erklärt, er sehe sich zurzeit zu einer definitiven Aussage außerstande. betont aber, dass an einer Verbesserung der „wirklich miserablen Unterbringung“ mit Hochdruck gearbeitet werde.
- b) Abg. Sager fragt, warum die **Stadt Eutin** angeschrieben worden sei mit der Frage, ob sie sich nach Ablauf der Pachtzeit für die **Landespolizeischule** eine andere Nutzung vorstellen könne. St Döring antwortet, es sei beabsichtigt, die Liegenschaft der Investitionsbank zu übertragen. Deshalb müsse Klarheit darüber bestehen, ob es sich bei der Liegenschaft um ein Ertragsobjekt oder ein Sonderobjekt handele. Es gebe keinerlei Pläne, die Landespolizeischule aus Eutin abzuziehen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:35 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer